

Geheimverhandlungen Reichsbanner - SA bestätigt

Was wir in unserem Bericht über den Münchener Prozeß von der Seite im Braunes Haus kurz andeuteten, ist durch eine Erklärung des SA-Stabschefs Köhm und ein „Dokument“ des Reichsbannermajors Waag bestätigt worden. Es haben zwischen SA und Reichsbanner Geheimverhandlungen stattgefunden, die den Reichsbannerarbeitern von ihren Führern verschwiegen wurden. Um diese entscheidende Tatsache kommt kein Dementi Waags herum.

Der Reichsbannermajor hat vor Gericht behauptet, es habe sich bei der Unterredung zwischen ihm und Köhm lediglich um die Frage der Braunes Haus gegen Köhm gehandelt. Jetzt muß Waag, gezwungen durch eine eidstattliche Erklärung Köhms, zugeben, daß diese Unterredung

der Beginn verführerischer Geheimverhandlungen über einen Staatsstreich, eventuell sogar über ein gemeinsames Vorgehen von SA und Reichsbanner darstellte.

In seiner Erklärung sagt Köhm, in der Unterredung habe man verhandelt, „ob sich nicht ein Weg finden lasse, dem gegenwärtigen politischen Blutsvergießen Einhalt zu tun“. Reichsbannerführer Waag bestätigt dies durch folgenden Satz seines „Dokuments“:

„Ich bemerke hinsichtlich des sogenannten Bürgerkriegs nur (!), daß davon erst die Rede sein könnte, wenn Herr Hitler seine Parole vom Köpfe-tollen-Lassen... feierlich zurückgenommen habe.“

Reichsbannerarbeiter! Während ihr im täglichen Kampfe gegen die braunen Nordbanden rannt, während Duzende von euch abgeschlachtet wurden, fußhandelt euer Führer mit der obersten Leitung der Nord-SA!

SA-Proleten! Während eure Sturmführer euch auf die „Reichsjammerlinge“ bezogen, fußhandelt euer Führer mit der Reichsbannerleitung!

Ihr seid alle schamloslich befohlen und betrogen worden!

Reichsbannerarbeiter, SPD-Kollegen! Die Enthüllungen über die Geheimverhandlungen zwischen Reichsbanner und SA behältigen aufs neue die bis herigen Feststellungen der kommunistischen Presse. Was hat die SPD-Presse geschrieben, als wir von Geheimverhandlungen zwischen Nazis und Gewerkschaften schrieben.

Diese Geheimverhandlungen wurden den Zeitgenossen verborgen gehalten, so wie die Reichsbannerarbeiter nichts über die Geheimverhandlungen zwischen Waag und Köhm erfahren durften. Und wie steht es mit den Geheimverhandlungen zwischen Leipzig und Goebbels, an denen auch Nazi-Straher teilnahm?

Reichsbanner- und sozialdemokratische Arbeiter! Augen auf! Erkennt, was eure Führer hinter verschlossenen Türen spielen! Sacht euch von den Seiten, die hinter euren Rücken mit Reichsbannerführern fußhandelt, nicht erneut verraten!

Wacht Schatz mit der falschlichen Politik der Höllermann, Leipzig und Weisk!

Ihr zur roten Einheitsfront gegen Kapitalismus und Sozialismus! Kämpft mit euren kommunistischen Kampfgenossen in gemeinsamer Kampffront für den Sozialismus!

Das müssen alle Nazianhänger lesen!

Straher enthüllt Nazi-Programm als schändlichen Betrug

Kapitalprogramm wird „umgeschrieben“. Der „Sozialist“ für Kapitalismus und Tribute

In der „Wallischen Zeitung“ veröffentlicht der bekannte amerikanische Journalist Knickerbocker in 3. einen Bericht über Unterredungen mit verschiedenen Politikern, darunter auch mit Gregor Straher. Dieser Bericht ist in seinem ersten Teil in der Ausgabe vom 6. Oktober erschienen und enthält die sensationelle Mitteilung, daß das bekannte Hitlerprogramm völlig umgeschrieben wird, weil es „liberalisiert“ ist.

Es heißt darüber in dem Bericht: „Wir nahmen das offizielle „unmittelbare Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialistischen Partei“ zur Hand, das erst vor wenigen Monaten in einer Auflage von 600 000 Stück als „Zwangsausgabe“ für Tribüne und Brette der Partei“ herausgegeben worden ist. Es ist von Gregor Straher gezeichnet, heute aber verfaßte Herr Straher einen großen Teil davon, er wick mit jedem einzelnen seiner grundlegenden Punkte ab, erklärte, er habe die Absicht, das Programm zurückzuführen und umzuschreiben und sagte, er sei heute genötigt gewesen, den Rücktritt von Kollegen anzunehmen, die darauf bestanden hätten, beizutreten zu ihm, und an Ideen teilzuhaben, die er jetzt als liberalisiert betrachtet.“

Wer also am alten Hitlerprogramm festhält, fliegt! Auch nach außen hin zeigen die Nazis immer offener ihr Gesicht als Völkerverhetzer zum Schutze des Monopolkapitals. In einer anderen Stelle sagt Knickerbocker über die wichtigsten Änderungen Strahers folgendes:

„Heute aber erklärte mir Gregor Straher: Wir erkennen das Privatigentum an... Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen Planwirtschaft im Sammelinteresse... Wenn wir zur Macht kommen, wird es keine gewaltsamen Änderungen geben.“

Von vielen wertvollen Anhängern der Nazis wird Straher immer noch als „Sozialist“ betrachtet. Mit diesen Erklärungen hat Straher endgültig sein wahres Gesicht als Kapitalist offenbart.

„Heute aber erklärte mir Gregor Straher: Wir erkennen das Privatigentum an... Wir erkennen unsere Schulden an und unsere Verpflichtung, sie zu zahlen. Wir sind gegen die Verstaatlichung der Industrie. Wir sind gegen Planwirtschaft im Sammelinteresse... Wenn wir zur Macht kommen, wird es keine gewaltsamen Änderungen geben.“

Von vielen wertvollen Anhängern der Nazis wird Straher immer noch als „Sozialist“ betrachtet. Mit diesen Erklärungen hat Straher endgültig sein wahres Gesicht als Kapitalist offenbart.

Dreckleger der „Ihnen Herren“

In einer Münchener Rede hat Goebbels nach dem Bericht des Angriff vom 22. März einen neuen Versuch für die SA-Proleten und wertvollen Nazianhänger unternommen. Er sagte nämlich:

„Da diese Herren (vom Herrenklub) keine Argumente für sich anführen können, sagen sie: wir sind von Gottes Gnaden. Sie die Hände reißend, sehen sie schamlos, wie wir ihnen den Dreck weglegen.“

Das glauben wir gerne, daß Vapen und Schleichler schmunzeln, wenn Hitler und Goebbels den SA-Proleten befehlen: Antreten zum Dreck weglegen für die feinen Herren! Wie lange wollen sich die SA-Proleten und wertvollen Nazianhänger noch zum Dreckweglegen hergeben.

Schluß mit den Vapen-Nazis! Her zur roten Einheitsfront!

Laßt es geschehen. Mit Recht meint darum Knickerbocker, daß der Kapitalismus von den Nationalsozialisten nichts zu fürchten hat. Straher unterwirft in dieser Unterredung besonders hart seine Zustimmung zum Vapenprogramm. Nach dem Bericht Knickerbockers lautet er:

„Das Vapenprogramm kann Erfolg nur dann haben, wenn die Tendenz der Weltwirtschaft in diesem Winter (her) nach oben weilt... man hat mehrere Gedanken von der Art: Wirtschaftsentwicklung aufzunehmen...“

Über in den Verammlungen schreien die Kapitalisten immer noch gegen das Vapenprogramm, das nur den Banken zugute kommt. Es ist das Programm mit den Grundbesitzenden Strahers. Strahers Erklärungen behältigen noch einmal aufschaulich das wahre Wesen der Kapitalisten. Die Hitlerpartei ist für den Kapitalismus, gegen den Sozialismus. Die Kapitalisten sind für das Vapenprogramm und gegen das Proletariat.

Die Schande der Hitler-Straher-Goebbels-Bande wird durch das ganze Land gelächelt werden. In jeder Stadt, in jedem Dorf wollen wir den Nazianhänger sagen, wie sie betrogen worden sind. Man hat sie in den Kampf geführt unter antisozialistischen Worten, und jetzt entpuppen sich ihre Führer vor aller Augen als schamlos, erbärmliche, kapitalistenliebende Heuschrecken.

Alle wertvollen Nazianhänger ergeht der Appell: Verlaßt die Partei des Völkerverhetzes und Arbeitermordes! Her zu den Freunden der Arbeiterklasse und Vorkämpfer am 6. November eine Antwort, daß ihnen Leben und Leben verbleibt!

Wacht Komunisten!

Neue Gaalschlacht-Manöver

Düsseldorf, 8. Okt. (Eig. Draht.) Die Deutschnationale Partei hielt gestern in der Düsselthor-Tonhalle eine Wahlversammlung ab. Als nationalsozialistische Zwischenzeit die Versammlung zu sprengen versuchten, wurde der Gaalschlacht, der sich meist aus Stahlhelmern zusammensetzt, eingesetzt. Es kam bei Entfernung der Zwischenzeit zu einer wilden Gaalschlacht, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Es wurden auch eine Anzahl Schüsse abgegeben, durch die ein Verlor verurteilt wurde. Folgte räumte schließlich mit dem Gummifußball den Saal.

Diese immer öfter wiederkehrenden Zusammenstöße sollen den SA-Proleten und wertvollen Anhängern der Nazis vorwarnen, als ob es wirklich einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Hitler und Goebbels gebe. In Wirklichkeit sind beide in der Grundfragen einig und streiten sich nur um den Anteil an der Staatsmacht. Die Schlägerelken in den Jugendversammlungen können und dürfen keinen Arbeiter und Wertvollen darüber täuschen, daß auch diese Manöver nur dazu dienen, um die Anhänger der Kapitalisten für Vapen bei der Stange zu halten.

Gehaltsföhrungs-Schiedspruch

für 40 000 Berliner Angeestellte
Berlin, 8. Okt. (Eig. Draht.)

Im Berliner Einzelhandel wurde vom Schlichtungsausschuß einstimmig der Schiedspruch gefällt, der sich auf 40 000 Berliner Angeestellte erstreckt. Demzufolge werden die Gehälter der Lehrlinge u. Jugendlichen um 10 bis 15 Proz. geföhrt, auch bei den Angeestellten werden Gehöhrföhungen durchgeführt. Ferner wird der Urlaub bei Lehrlingen um 2 Tage, für Angeestellte der Gruppe 1 und 2 um 3 Tage veröhrt.

Neun sind gerettet die 9000 müssen folgen

Rassensammlungen in Berlin.
Berlin, 8. Okt. (Eig. Draht.)

Siebers fanden in Berlin (süd) Rassenversammlungen der kommunistischen Partei statt, die zu einer neuen Kampfkampagne der Arbeiter gegen Völkerverhetzung und Vapenregierung, für Brot, Arbeit, Freiheit, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für die Verteidigung der Sowjetunion, und zu einem wichtigen Beschlusse für die Diktatur wurden.

Die 9. Rassenversammlung in Moskau wurde kurz vor Beginn von der Polizei verboten.

Die Note Hilfe veranlaßte gestern mehrere Kundgebungen anlässlich der Freipredigung der 9 vor dem Sondergericht angeklagten Arbeiter. Die Kundgebungen waren stark besucht. Der Inhalt war die Parole: „Die 9 sind gerettet — die 9000 müssen folgen.“ In der „Neuen Welt“ — wo Genosse Wied vertritt und unter anderem über wachsende Kriegesgefahren sprach — bot der überwachende Polizeioffizier über den Krieg noch ein Wort zu sprechen unter der Drohung, die Versammlung werde dann aufgelöh.

Gebering offenbart seine „nerböse Deferteurpolitik“

Rechtfertigung der alten und Vorbereitung einer neuen Kapitulation

Die Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter über die SPD-Kapitulation vom 20. Juli, über den schamloslichen Anießfall vor der Staatsaktion Vapens in Preußen ist nicht veredelt. Sie ist im Gegenteil gewachsen. Mit allen möglichen Tricks verhalten die SPD-Führer, ihren 20. Juli zu rechtfertigen.

Einen solchen frampshalten Versuch machte jetzt auch Gebering in der Kreismitgliederversammlung der SPD in Berlin-Niederschlesien. Sogar aus dem Bericht des „Vorwärts“ gewinnt man ein Abbild der haarsträubenden Demagogie Geberings und — ihrer Wirkungslosigkeit!

Gebering rechtfertigt die Brüningdiktatur und ihre Isolierung durch die SPD:

„Was Brüning tat, war wenigstens noch halbwegs erträglich. Durch unsere Schuld durfte die Macht nicht in andere Hände gleiten, die alles zersetzend hätten. Das sagen wir auch den kommunistischen Kritikern.“

Und wir Kommunisten und mit uns alle denkenden sozialdemokratischen Arbeiter sagen Herrn Gebering und der SPD: Was Brüning tat, war das Erlaßten einer H-4-Kooperationsordnung nach der anderen mit Völkerverhetzung, Sozialabbau, politischer Unterdrückung, Wirtschaftselend. Gerade dieser Kurs-Brüning, seine Isolierung durch die SPD, hat bewirkt, daß „die Macht“, die seit 1918 immer eine Macht der kapitalistischen Klasse war, „in andere Hände glitt“, in die Hände Vapens! Heute steht man es sehr deutlich:

Ohne SPD-Milieu-Regierung kein Völkerverhetzung und kein Vapen! Ohne Gebering und SPD-Isolierung kein Völkerverhetzung und die Politik des „Herrn Hebel“ der SPD kein Hitler und kein Vapen!

Am 20. Juli erklärte Gebering, seine Voraussetzung sei die preußische Landtagswahl vom 23. April gewesen. Die Nazis haben 182 Abgeordnete gehabt, und da

... fragt man uns (die SPD): warum seid ihr da nicht gleich am 23. April nach Hause gegangen? ... Einmal waren wir durch unsere Eide bis zum Ablauf der alten Legislaturperiode, bis zum 19. Mai, zum Ausschalten verpflichtet, dann aber trieben uns auch politische Gründe. Nach den Spielregeln in der Demokratie hätte sich eine neue Regierungsmehrheit bilden müssen, die sich aus Nationalsozialisten und Zentrum zusammensetzen konnte. Eine nerböse Deferteurpolitik hätte den Nationalsozialisten bei ihren Verhandlungen mit dem Zentrum alle Trümper in die Hand gespielt.“

Dieses Gemisch aus parlamentarischen Kriticismus, der von „unseren Eiden“ und von „Spielregeln der Demokratie“ kommt und aus geistloser Demagogie besteht, geben wir der neubestimmten Beratung der sozialdemokratischen und aller Arbeiter preis. Aber eines sei festzustellen: Nach dem 23. April schon zu kapitulieren, das sagt Gebering, wäre „nerböse Deferteurpolitik“ gewesen. Das heißt: War es nicht der SPD-Ministerpräsident in Preußen, Braun — neben Gebering der Held der Sozialdemokratie —, der sofort nach dem 23. April sich verdedelte. Nach Geberings eigenem Geständnis war also SPD-Braun ein nerböser Deferteur.

Doch er war nur der erste nerböse Deferteur. Der zweite war Gebering selbst am 20. Juli, und mit ihm die Ergebnisse und Co. Gebering erklärte weiter, die Polizei hätte er nicht einsehen können, wenn sie hätte nach gewissen Bestimmungen der Reichsverfassung dem Reich unterstellt werden — warum hat aber

Gebering und die SPD jahrelang den sozialdemokratischen Arbeitern vorgelogen, sie könnten sich auf die Polizei im „sozialistisch“ oder „demokratisch“ registrierten Preußen verlassen, denn diese Polizei sei „fest in der Hand Brauns und Geberings“!

Den Gipfel dummdreistester Demagogie erklimmt Gebering bei der Frage des Generalstreiks, zu der er sagte:

„Hätten wir vielleicht die kommunistische Rinderei eines einhändigen Demonstrationstreiks mitmachen sollen? Ich sage: Ganzem Widerstand oder gar keinen!“

Ganzem Widerstand? Die Kommunisten waren gerade für ganzem Widerstand. Herr Gebering und die SPD haben jedoch nicht gesagt „oder“, sondern klipp und klar: Gar keinen Widerstand! Sie haben kapituliert. Schamloslich kapituliert. Und bei jedem Arden-Schlag, den heute Vapen (wie auch Hitler Goeben) führen, ist die SPD mit verantwortlich. Noch mehr, sie unterwirft auch heute, nur ein wenig oppositionell dorkelt, die Vapen-Schleicher-Regierung.

Die 9 sind davon drängt sich jedem sozialdemokratischen Arbeiter an. Sie lautet: Ohne und gegen die Gebering und Braun, ohne und gegen die SPD, die Kapitalisten- und Deferteurpartei, gegen die Einheitsfrontpolitik mit den Kommunisten gegen Völkerverhetzung, Sozialabbau und Kriegesverhetzung, für die Arbeiter- und Bauernrepublik, für den Sozialismus!

Und am 6. November Kampfbekanntnis dafür durch Wahl der Diktatur!

Am 6. November Kampfbekanntnis dafür durch Wahl der Diktatur!

Warm! Verteidigt die KPD-Presse!

Der Oberreichsanwalt will Druckerereien kommunistischer Zeitungen stilllegen. Sämtliche Druckererei-Maschinen in Bremen beschlagnahmt

Bremen, 8. Oktober (Eig. Bericht.)

Am Donnerstag gegen 19 Uhr wurde das Netz Haus von einem riesigen Aufgebot der Polizei des Bremer sozialdemokratischen Reichsausschusses, in dem der sozialdemokratische Reichsausschuss eine führende Rolle spielt, besetzt. Um 20 Uhr wurde den in das Gebäude ein, besetzten sämtliche Räume und erklärten, im Auftrag der Oberreichsanwaltschaft sei eine Durchsuchung der Druckererei vorzunehmen zu müssen. Die Besetzung veranlaßte die eigensamstige Schließung, nachdem an allen einzelnen Stellen der Reichsausschüsse genaue Abrechnungen vor und schließlich nach mehrstündiger Unterredung erklärte Reichsausschuss Hauptamtliche Maschinen des Reichsausschusses beschlagnahmt.

Die Begründung für die Beschlagnahme sämtlicher Maschinen der Arbeiterdruckererei, in der die „Arbeiterzeitung“ gedruckt wird, liegt unmittelbar vor. Der Oberreichsanwalt hat die Beschlagnahme angeordnet, weil gegen den sozialdemokratischen Reichsausschuss der legal existierenden „Arbeiterzeitung“, den Genossen Völkerverhetzung, ein Sonderverfahren eingeleitet wurde, und zwar wegen einiger Artikel, die in der „Arbeiterzeitung“ erschienen sind. Der Oberreichsanwalt führt als Begründung des

Beschlagnahme den Paragraphen 86a des Strafgesetzbuches an, wonach Gegenstände, mit denen hochverräterische Handlungen begangen wurden, beschlagnahmt werden können.

Der Beschlag des Oberreichsanwaltes ist ein Hauptmittel für alle Arbeiter. Durch solche Maßnahmen sind alle Druckerereien bedroht, in denen kommunistische Zeitungen hergestellt werden. Höchst gefährlich und legal wird auf diese Weise die fortschrittliche Arbeit der KPD-Presse durchgeföhrt.

Mittelt alle auf zum Kampf für die Verteidigung eurer Zeitungen! Widerstand längerer Druckerereien, die alle Arbeiter! Wo immer eure Kampfbekanntnis für die volle Freiheit der kommunistischen Presse gibt ein Willkommensbekanntnis am 6. November für die Diktatur!

Die Berliner Delegierten des Schachverbandes beschloß Schachmeister wollte gestern über: „Zola und die Gegenwart“ sprechen lassen. Als Redner waren Heinrich Mann und Maxell Olsen sowie Wittfogel vorgelesen. Die Polizei verbot die Abhaltung der Veranstaltung mit der Erklärung, es handele sich um eine politische Versammlung, die der Anmeldung bedürfte.